Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 39 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Freitag, den 15. Februar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Es verlautet, daß die Reichsregierung eine Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes für erforderlich hält. Dagegen soll sie geneigt sein, ihren Widerstand gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes aufzugeben.

* Die Erste Sachverständigenkomission hat ihre Arbeiten in Berlin beendet und ist abgereist.

* Die französisch-britischen Verhandlungen über den Grenz- und Durchgangsverkehr in der Kölner Eisenbahnzone haben in Mainz begonnen.

* In Pirmasens erstürmte die Bürgerschaft das Hauptquartier der Separatisten. Der Kampf forderte zahlreiche Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Die Separatisten wurden vertrieben.

* Der neuernannte deutsche Gesandte in Brüssel von Keller wird sich Ende des Monats auf seinen Posten begeben.

* Die für den 13. Februar angekündigten Kommunistendemonstrationen scheinen überall unterblieben zu sein.

* Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der jetzige Botschafter in Washington Wiedfeldt, zurückzutreten. Dieser Beschluß soll unabhängig von der Flaggenfrage gefaßt worden sein.

Westminster.

Es war in London ein eigenartiger Tag, der Dienstag, da zum ersten Male im englischen Unterhaus ein der Arbeiterpartei angehörender Ministerpräsident das Programm seiner Politik entwickelte, und die alten Herren, die im gleichen Stadtviertel von Westminster, neben den Parlamentsgebäuden, in der Westminster Abtei, in ihren Prunksärgen liegen, dort, wo Englands große Männer ausruhen von ihrer Arbeit für Englands Weltherrschaft, mögen erstaunt aufgehorcht haben, als der Zuruf gewaltiger Volksmassen die zum Parlament schreitenden Arbeiterminister umbrauste. Und doch können sie ganz beruhigt sein, jene alten konservativen und liberalen Ministerpräsidenten der vergangenen Zeit; denn als Macdonald seine Rede beendet hatte, da sprach Baldwin, der Konservative, ebenso wie Asquith, der Führer der Linksliberalen, ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten aus.

Das kennzeichnet am besten den Inhalt dieser Ausführungen und jener, die Lord Haldane im Auftrag Macdonalds im Oberhaus machte. Alle drei Parteien haben nur ein Ziel englischer Politik: Befriedigung auf dem Kontinent, Versöhnung, Lösung des Reparationsproblems, Ruhe, Eintracht, also Völkerbund. Zweifellos schwingen bei Macdonald pazifistisch-humanitäre Untertöne mit, aber die Hauptsache ist doch: erst eine solche friedliche Lösung, möglichst mit allseitiger Anerkennung der politischen Verhältnisse, wie sie augenblicklich sich gestaltet haben, kann das Arbeitslosenproblem in England entwirren, weil sie die Voraussetzung dafür ist, daß das Geschäft wieder „as usual", „wie gewöhnlich", wird. Um den Widerständen, namentlich in Deutschland, wo man sich mit einer solchen „definitiven" Lösung nicht überall einverstanden erklären würde, einige Befriedigung zu gewähren, trifft man mit Frankreich ein Übereinkommen über die Pfalz. Macdonald teilte mit, daß dieses Übereinkommen in den nächsten Tagen perfekt werden würde. Und daß sich die Regierung zurzeit mit einer Denkschrift über eine Weltkonferenz zur Wiederherstellung Europas beschäftigte. Damit ist man natürlich in ganz England überaus einverstanden.

Aus dieser Politik des Friedlich-Freundschaftlichen heraus fließen auch die Gründe für die geradezu herzlichen Töne, die der englische Ministerpräsident Frankreich gegenüber fand. Wenn erst die Berichte der Sachverständigen vorlägen, dann wäre es an der Zeit, alle diese Fragen, die sich an die Reparationen, an die Schulden Frankreichs knüpfen, völlig neu zu prüfen und durch Vereinbarungen aus dem Wege zu schaffen. In Deutschland wird man, von den Tatsachen der letzten fünf Jahre belehrt, freilich sofort fragen: Vereinbarungen — auf wessen Kosten? Allerdings verheißt uns ja Macdonald den Beitritt zum Völkerbund — wobei wahrscheinlich doch die Anerkennung alles dessen, was uns Versailles auferlegte, von uns verlangt wird; und dann werde in ganz Europa Friede und Freundschaft herrschen; dann werde man auch zu einer Abrüstung kommen. Die Sicherheit der Nationen werde dann in der Gerechtigkeit ihrer Stellung liegen, die sie in der Welt einnähmen.

Vor den purpurbeschlagenen Sitzen des Oberhauses hat Lord Haldane natürlich auch nicht viel anders gesprochen als Macdonald nebenan vor den grünen Bänken des Unterhauses. Vielleicht nur ein paar Nüancen deutlicher betonte er, daß alles von dem Bericht der Sachverständigen abhänge, daß man aber von Deutschland nicht mehr Reparationen bekommen würde, als es zahlen könne. Auch er scheint von einer inneren Wendung der französischen Politik überzeugt zu sein, hofft, daß die Schwierigkeiten, die der englisch-französischen Freundschaft noch hindernd im Wege ständen, sich bald beseitigen lassen. Von Deutschland verlangt er, daß wir nach Lösung des Reparationsproblems die Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse als unsere Hauptaufgabe betrachten müssen.

Es ist also im Unter- wie im Oberhause sehr viel gesprochen, aber nur wenig — gesagt worden.

*

Coolidge für Ausgleich und Abrüstung.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat bei der Gedächtnisfeier zu Ehren Lincolns vor etwa 2000 Mitgliedern des Nationalrepublikanischen Klubs eine längere politische Rede gehalten. Indirekt regte er dabei eine internationale Abrüstungskonferenz an. Im Verlauf seiner Rede wies er auf die voraussichtlichen Ergebnisse der Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse Dawes und Mac Kenna hin, die sich als sehr verheißungsvoll ankündigen. Mit Hinblick auf die Lage in Europa sagte Coolidge: „Unsere Regierung wünscht nirgends Krieg, sie wünscht überall Frieden. Sie legte sich indessen davon Rechenschaft ab, daß jede Regierung militärische Einrichtungen aus Gründen der nationalen Verteidigung und zur Wahrung seiner territorialen Souveränität aufrechterhalten muß. Wir haben aber zu großen Rüstungen kein Vertrauen; besonders sind wir gegen jedes Wettrüsten. Die Anwesenheit von Amerikanern in den Sachverständigenausschüssen gäbe Hoffnung auf Erreichung eines sowohl für Frankreich wie für Deutschland annehmbaren Ausgleiches."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der französische Botschafter bei Dr. Stresemann.

Zu einer längeren Unterredung des Außenministers Dr. Stresemann mit dem französischen Botschafter in Berlin wird mitgeteilt, daß die Unterredung zu einer längeren Aussprache über den gesamten Fragenkomplex führte, welcher einige Tage vorher zwischen Herrn von Hoesch und Poincaré behandelt wurde.

Unfallversicherungsreform zurückgezogen.

Die Vorlage über Renten und Kapitalabfindung in der Unfallversicherung, die vorsieht, daß Renten unter 20 % überhaupt nicht mehr gewährt und bei Beschädigung unter 30 % Kapitalabfindung eintreten soll, ist von der Regierung zurückgezogen worden. Bei der Aussprache über die Vorlage im Fünfzehnerausschuß des Reichstages ergaben sich große Unstimmigkeiten.

Keine Heraufsetzung des Reichstagswahlalters.

Nach einer Meldung sollte beabsichtigt sein, bei der Reform des Reichstagswahlrechts das wahlberechtigte Alter von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen. Demgegenüber wird festgestellt, daß der kürzlich vom Reichskabinett angenommene Entwurf zur Abänderung des Reichswahlgesetzes irgend eine Bestimmung dieser Art nicht enthält.

Die „Deutsche Reichsbahn" unveräußerlich.

Bei der Beratung der Verordnung über das „Unternehmen Deutsche Reichsbahn" im Reichstage hat der Reichsverkehrsminister zu der Frage, ob das Unternehmen von sich aus Teile der Reichsbahn veräußern könne, erklärt, daß das Unternehmen auch zur Veräußerung einzelner Strecken nicht befugt sei. Das gilt auch für die Nebenbetriebe. Die Beamten bleiben Reichsbeamte.

Zum Opfertag für die besetzten Gebiete

für die Pfalz und die übrigen besetzten Gebiete am 17. Februar erlassen zahlreiche Verbände und politische Parteien einen Aufruf an das deutsche Volk. Es heißt darin: Treu stehen wir zu Pfalz und Rheinland, die treu und tapfer gegen hochverräterische Bestrebungen kämpfen. Rheinlandnot ist deutsche Not! Darum rufen wir alle Berufsstände in Stadt und Land, alle Parteien und Verbände zum Pfalz- und Rheintag auf, zu einer Kundgebung der Brudertreue, zu einem deutschen Opfertag.

Gewerbesteuer in Preußen.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit der vorläufigen Neuregelung der Gewerbesteuer. Die Vorlage schließt sich den Bestimmungen der zweiten Steuernotverordnung an. Danach beträgt der Steuer-Grundbetrag 15 % des Betrages, der als Vorauszahlung auf die Reichseinkommensteuer für das Einkommen aus gewerbesteuerpflichtigen Betrieben zu zahlen ist.

Christliche Bergarbeiter gegen Arbeitsministerium.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands hielt in Berlin im Landtag eine Konferenz seines Hauptvorstandes, der Hauptverwaltung und seiner sämtlichen Bezirksleiter ab, zwecks Stellungnahme zu den brennendsten Fragen der Bergarbeiter. Die Konferenzteilnehmer sprechen ihr großes Bedauern über die unsoziale Entwicklung des Reichsarbeitsministeriums aus. Diese bedauerliche Entwicklung zeigte sich vor allem in der Lohn- und Arbeitszeitfrage für die Bergarbeiter, welche die Lage der Arbeiter unerträglich gestaltet habe. Die Konferenz fordert mit allem Nachdruck die Abstellung der vorstehend gerügten Mängel. Sie erwartet, daß in Zukunft das Reichsarbeitsministerium sich bei seiner ganzen Tätigkeit wieder von seinem früheren sozialen Geiste leiten läßt.

Gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die Handelskammer München hat in ihrer Vollsitzung schärfsten Protest gegen den Plan der Reichsverkehrsverwaltung erhoben, die Fahrpreise in der dritten und vierten Wagenklasse bis um 50 % zu erhöhen. Sie erklärt, die Verwirklichung dieser Absicht nicht nur als eine harte Belastung von Handel und Industrie, sondern als einen feindlichen Akt gegen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Deutsche Ersatzansprüche in Finnland.

Dem finnischen Parlament liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, welcher eine Entschädigung für die während der Kriegsjahre 1914-1917 erlittenen Schäden vorsieht. Auslandsdeutsche, welche entweder in den Kriegsjahren 1914-1917 oder später durch den roten Aufruhr in Finnland Schaden erlitten haben, werden aufgefordert, die Schäden beim Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Klosterstraße 75, unverzüglich anzumelden. Es ist mit einer Anmeldefrist bis zum 1. März 1924 zu rechnen.

Landbürgermeistereien in Preußen.

Der preußische Landtagsausschuß für die Städte- und Landgemeindeordnung faßte folgenden Beschluß: „Landbürgermeistereien werden in den Provinzen gebildet, in denen der Provinziallandtag die Bildung für das gesamte Gebiet der Provinz beschließt. Dieser Beschluß muß mit mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefaßt werden."

Amtliches Ergebnis der Thüringer Wahlen.

Nach den amtlichen Endfeststellungen liegt folgendes Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen vor: Auf den Ordnungsbund entfallen 34, auf die Sozialdemokraten 16, auf die Kommunisten 13, auf die Deutschvölkischen 6 Landtagsabgeordnete.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die vor einigen Wochen begründete Deutschvölkische Studentenvereinigung hat General Ludendorf zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Paris. Der Senat hat ein Gesetz angenommen, wonach die Gruben des Saargebietes künftig unter die direkte Leitung des französischen Arbeitsministeriums gestellt werden.

Brüssel. Die belgische Regierung hat beschlossen, die öffentlichen Ausgaben auf einen Betrag von ungefähr 300 Millionen Frank einzuschränken.

Genf. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit durch die Deutschen in Polen wurden eröffnet.

Die Sachverständigenarbeit beendet

Herausgabe eines deutschen Weißbuches.

Die Tätigkeit beider nach Berlin entsandten Sachverständigenkommissionen zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist mit dem Schluß der Verhandlungen auch des Ersten Ausschusses beendet. Als wesentlicher Erfolg kann die Klärung über die Goldnotenbank angesehen werden. Die Mitglieder des Ersten Ausschusses sind zum Teil in ihre Heimat, zum Teil nach Paris, abgereist. Die deutsche Regierung beabsichtigt, das gesamte Unterlagenmaterial, das für die Besprechungen gedient hat, in einem umfangreichen Weißbuch zu veröffentlichen. Die Denkschrift, die von der deutschen Regierung den Ausschüssen überreicht worden ist, wird Ende der Woche bekannt gegeben werden. Den Bericht der Kommissionen erwartet man Mitte März.

*

Abschiedsbesuch des Generals Dawes.

Beim Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Ersten Sachverständigenausschusses, General Charles Gates Dawes, besuchte vor der Abreise den Reichskanzler, um auf Wunsch Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, welche die deutsche Regierung den hiesigen Arbeiten des Ausschusses habe zuteil werden lassen. Der General führte aus, die deutsche Regierung habe alle Auskünfte erteilt, welche das Komitee erbeten habe. Er wünsche hierfür zu danken sowie für die aufmerksame und freundliche Aufnahme, welche der Ausschuß erfahren habe. Der Reichskanzler dankte dem General für seinen Besuch und bat ihn, auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses seine Genugtuung darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in dieser Weise gewürdigt worden sei.

Neue Pfalzvorschläge Frankreichs.

Britisch-französische Besprechungen.

Die französische Regierung hat der Londoner Regierung eine neue Note in der Pfalzfrage zugehen lassen, in der vorgeschlagen wird, daß die Oberkommissare in Koblenz die Instruktion erhalten, nach besten Kräften die augenblicklichen Schwierigkeiten zu lösen und die Verwaltung des Landes in der Weise in die Hand zu nehmen, daß vor allem die im Amte gebliebenen Beamten Verwendung finden, und daß die Rückkehr der sich in Heidelberg aufhaltenden Ausgewiesenen nicht ohne Kontrolle und ohne Unterschied zugelassen wird. Es sind bereits Besprechungen zwischen dem Oberkommissar Tirard und Lord Killmanrock im Gange. Irgend ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Die Schlacht von Pirmasens.

Sturm auf das Separatistenlager. — Regierungsgebäude in Brand. — Die Separatisten überwunden und zum Teil getötet. — Opfer der Bürgerschaft.

Die Nacht zum Mittwoch wird im Kalender der Stadt Pirmasens für alle Zeiten mit Blut, mit rotem Bürgerblut geschrieben stehen. Wochenlang war die Stadt von den Separatistenhorden, die von den Franzosen bald öffentlich, bald heimlich unterstützt wurden, aufs schwerste gepeinigt worden, und die Frechheit der separatistischen Banden war in den letzten Tagen ins Maßlose gewachsen. Da sie das Ende ihrer Schreckensherrschaft immer näher kommen sahen, schienen sie sich noch einmal gründlich austoben zu wollen, und ihre Wut über den Zusammenbruch aller ihrer Unternehmungen äußerte sich in unerhörten, rücksichtslosen Terrorakten. Das mußte schließlich die reichstreue Bürgerschaft, die bis dahin allen Anfeindungen, Drohungen und Peinigungen gegenüber eine geradezu musterhafte Ruhe bewahrt hatte, aus der Fassung bringen

und zur endgültigen Abwehr des landesverräterischen Gesindels aufreizen.

Im Laufe des Dienstags sammelten sich vor dem Regierungsgebäude große Menschenmassen an. Die im Regierungsgebäude befindlichen Separatisten wurden wiederholt aufgefordert, das Gebäude zu verlassen oder in Unterhandlungen mit einer Abordnung der Bürger zu treten. Diese Einigungsversuche wurden zurückgewiesen. Die Separatisten hatten sich mit allen Mitteln verbarrikadiert, sie waren mit Waffen, sowohl Schußwaffen als auch Handgranaten, und auch mit Munition reichlich versehen, hatten sämtliche Eingänge des Hauses verrammelt und sich hinter den Fenstern wie in einer Festung verschanzt. Ihre Zahl belief sich etwa auf 40 Personen.

Der Sturm

auf das Gebäude durch die Bürger setzte bei Einbruch der Dunkelheit mit starker Energie ein. Die Separatisten schossen blindlings auf die Menge. Trotz der schweren Verluste der Angreifer wurde der Sturm fortgesetzt. Die Menge war mit Waffen aller Art versehen, darunter zahlreichen improvisierten Kampfmitteln, wie Äxten, Knüppeln usw. Die maßlos erregte Menge stürmte nach Einbruch der Dunkelheit auf das Gebäude ein. Es kostete gleich von Anfang an blutige Opfer auf beiden Seiten. An das Gebäude war aber nicht heranzukommen. Auch die herbeigerufene Feuerwehr richtete nichts aus. Nunmehr gingen die Angreifer dazu über, Benzin auf die Mauern und Barrikaden zu spritzen und das ganze

Gebäude in Brand

zu setzen. Als der untere Teil des Hauses in hellen Flammen stand, stellten die Separatisten das Feuer ein und baten um Gnade. Unterdessen waren aber schon einige Angreifer über die Leitern der Feuerwehr in die oberen Räume des Regierungsgebäudes eingedrungen. In den Amtsstuben gab es einen Kampf Mann gegen Mann. Als nun die Separatisten aus dem Gebäude herausgeführt wurden, richtete sich gegen sie der ganze Zorn der Bevölkerung. Die erscheinenden

Separatisten wurden erschlagen,

so weit man ihrer habhaft werden konnte. Unter den Getöteten befindet sich der Führer, der sog. Regierungsrat Schwaab. In den Straßen wurden flüchtende Separatisten verfolgt und ebenfalls, wenn man sie einholte, niedergeschlagen. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht endgültig fest. Eine Meldung nennt 49 Tote und eine große Zahl Schwerverwundeter. Auf der Seite der Sonderbündler sind 28, auf der der Einwohner 21 Todesopfer zu verzeichnen, unter diesen der praktische Arzt Annstaett, als er mit dem Verbinden von Verwundeten beschäftigt war. Jedoch schwanken die Zahlenangaben noch.

Die Erregung in der Stadt ist selbstverständlich ungeheuer. Die Besatzungstruppen verhielten sich den Kämpfen gegenüber vollkommen neutral. Erst Mittwoch morgen rückte französische und marokkanische Infanterie auf fünf Lastkraftwagen in Pirmasens ein. Über die Stadt wurde die Verkehrssperre von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verhängt. Das verbrannte Regierungsgebäude ist jetzt von französischen Truppen umstellt.

*

Kämpfe auch in Kaiserslautern.

Mittwoch morgen entbrannten auch in Kaiserslautern Kämpfe. Das Hauptquartier der Separatisten, das Bezirksamt, wurde angegriffen. Marokkanische Truppen griffen ein, um die Menge von dem Gebäude, das zugleich der Sitz des französischen Bezirksdelegierten ist, wegzutreiben. Gleich zu Anfang wurden ein Einwohner und ein Separatist schwer und mehrere Personen leicht verletzt. Der Kampf entstand dadurch, daß zwei Separatisten einen Mann verprügeln wollten. Als Schutzleute dem Mann zu Hilfe kamen, schossen die Separatisten und verletzten drei Polizeibeamte. Inzwischen sammelte sich eine größere Menge an, die wiederholt von den Separatisten beschossen wurde.

Regierungszusagen an die Beamten.

Kein verstärkter Abbau.

Bei einer im Reichsfinanzministerium stattgefundenen Aussprache mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten wurde von den Kommissaren des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß es nicht beabsichtigt sei, die auf Grund der Personal-Abbauverordnung ausgeschiedenen Beamten von einer etwaigen künftigen Erhöhung der Gehälter auszuschließen; ebenso sei nicht daran gedacht worden, Gehaltserhöhungen im Wege der Gewährung nicht ruhegehaltsfähiger Zulagen vorzunehmen.

Gegenüber anderen unbegründeten Gerüchten wird amtlich festgestellt, daß eine Herabsetzung der Bezüge der Beamten selbstverständlich niemals erwogen worden ist. Vielmehr ist es der ernste Wille der Reichsregierung, sobald es die Finanzlage irgend gestattet, die Grundgehälter und den Ortszuschlag angemessen zu erhöhen und an dieser Aufbesserung insbesondere auch die sozialen Besoldungsbestandteile, die Frauen- und Kinderzuschläge, teilnehmen zu lassen.

Für die Beamten im dauernden und einstweiligen Ruhestand sowie die Hinterbliebenen und Waisen würden die entsprechenden Folgerungen gezogen werden. Endlich wird nochmals hervorgehoben, daß die nur zur Beunruhigung der Beamtenschaft ausgestreuten Gerüchte über eine Erhöhung der Abbauquote auf 35 % der Reichsbeamten jeder Grundlage entbehren.

Vorauszahlungen auf die Steuern.

(Von einem Steuerfachmann.)

Die erste Rate auf die Steuervorauszahlungen für das Jahr 1924 war nach dem Gesetz am 10. Februar zu zahlen. Eine Frist von einer Woche ist für die Zahlung gelassen, so daß auf Beträge, die bis 18. 2. in Händen der zuständigen Zahlstelle sind, Zuschläge nicht erhoben werden dürfen. Bisher wußte aber kein Mensch, was eigentlich zu zahlen ist, denn es fehlten die Ausführungsbestimmungen zur Steuernotverordnung. Diese sind nun endlich erschienen, und es heißt jetzt, so schnell als möglich sich in diese hineinzuarbeiten, um den bestehenden Vorschriften gerecht zu werden.

Der Reichsfinanzminister weist zunächst darauf hin, daß es sich um vorläufige Zahlungen handelt, die notwendig sind, weil dem Staatswesen die Beträge zugeführt werden müssen, die jetzt erforderlich sind. Er erklärt ausdrücklich, daß Anfang 1925 eine genaue Abrechnung erfolgen soll. Es soll dann jeder einzelne in der Lage sein, den Nachweis über seine tatsächlichen Einkommensverhältnisse zu erbringen, und es soll ihm gewährleistet sein, die Beträge, die er etwa zuviel entrichtet hat, wertbeständig zurückzuerhalten. Wenn er dabei darauf hinweist, daß Eingriffe in die Substanz sich nicht immer werden vermeiden lassen, so zeigt dies schon den ersten Widerspruch in sich. Es handelt sich doch um Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, und diese dürfte von rechtswegen niemals die Substanz angreifen.

Von den einzelnen Bestimmungen können nur einige wenige herausgegriffen werden. Von hauptsächlichstem Interesse werden die Vorauszahlungen der Gewerbetreibenden sein. Zunächst kommen nur diejenigen Betriebe in Frage, welche ihre Umsatzsteuer monatlich zu entrichten haben und demzufolge auch verpflichtet sind, ihre Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer bzw. Körperschaftssteuer monatlich zu leisten. Es sind das diejenigen Betriebe, die im Jahre 1922 insgesamt einen Umsatz von mehr als 1½ Millionen hatten, wobei es sich nicht um den umsatzsteuerpflichtigen Umsatz, sondern um den tatsächlichen Gesamtumsatz handelt. Bei Betrieben, die 1922 noch nicht bestanden haben, kommt es darauf an, ob nach ihrem Umfange ihr Umsatz, wenn sie 1922 bestanden hätten, damals hätte so groß sein können. Von der Regel, daß von der gesamten Einnahme zunächst alle gezahlten Löhne und Gehälter abzuziehen und dann 2 % zu zahlen sind, werden verschiedene Ausnahmen gemacht.

Die Industrie, also alle Unternehmungen, die eine Bearbeitung oder Verarbeitung von Materialien zur Aufgabe haben, soll in der Regel 2 % der Bruttoeinnahmen nach Abzug aller Gehälter und Löhne entrichten. Abzugsfähig ist nicht nur der Teil des Lohnes, welcher der Lohnsteuer unterliegt, sondern der ganze gezahlte Lohn. Als Lohn darf auch gerechnet werden das, was an Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister als Entgelt für Arbeitsleistung (nicht als Ersatz für Materialkosten) gezahlt wird. Außerdem dürfen von den Roheinnahmen noch abgesetzt werden die gezahlten Tabaksteuern, Zigarettensteuern, Zuckersteuern, Leuchtmittelsteuern, Getränkesteuern und die Luxussteuer für die Kraftwagenindustrie. Einzelne Industrien, ich nenne hier nur die Sägewerke- und Mühlenindustrie, dürfen 1 % der gesamten Einnahme zahlen, sie dürfen dann aber keinerlei Löhne und Gehälter von der Roheinnahme abziehen. Das gilt nicht für die Lohnsteuerer.

Für den Großhandel sind 6 Gruppen geschaffen, in denen die zu entrichtende Steuer weniger als 2 % beträgt, wobei aber Voraussetzung ist, daß keinerlei Abzüge von den Roheinnahmen gemacht werden. Es zahlen die Großhändler in Getreide, Kartoffeln, Futtermittel, Düngemittel, Mehl, Sämereien, Erzen, Roheisen, Rohmetallen, Spinnstoffen, Rohtabak 1 M. vom Tausend der Betriebseinnahmen. Die Großhändler der Nahrungsmittelbranche, Öle und Fette, Tabakerzeugnisse, Felle und Häute, Garne, Kohle, Altmetall, Schwerchemikalien, Teer und Farben zahlen 2 vom Tausend der Betriebseinnahmen. Zur Gruppe 3, welche 3 vom Tausend der Betriebseinnahmen zahlen, gehören die Großhändler in Eisen und Stahl, Eisenkurzwaren, Haushaltartikeln und Eisen, Baustoffen. Zur Gruppe 4, welche 5 vom Tausend zu zahlen haben, gehören: die Großhändler in Leder, Papier und Pappe, Keramik, Glas, Metallhalbfabrikaten, Elektrobeleuchtungsartikeln, Säcken, Lumpen. Gruppe 5 zahlt 7½ vom Tausend. Hierzu gehören die Großhändler in Web-, Wirk- und Strickwaren, Knopfmacherwaren, Schirmen und Stöcken, Hüten, Putzartikeln, künstlichen Blumen und Federn, Maschinen und Werkzeugen, Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Edelmetallwaren, Uhren, Darm- und Fleischbedarfsartikeln, Weiden- und Stuhlrohr. Alle übrigen hier nicht genannten Großhändler zählen zu Gruppe 6 und haben 1 % der Betriebseinnahmen zu zahlen.

Der Einzelhandel zerfällt in 3 Gruppen: 1. reiner Lebensmittelhandel, der 0,7 % zu zahlen hat, 2. der Gemischwarenhandel, der 0,95 % zahlt, 3. der übrige Einzelhandel, der 1,2 % zu zahlen hat. Zu beachten ist, daß diese ermäßigten Sätze für den Einzelhandel Geltung haben, obwohl dieser von seinen Roheinnahmen die Löhne und Gehälter in Abzug bringen darf, während das beim Großhändler nicht zulässig ist.

Treffen mehrere Betriebsarten bei einem Steuerpflichtigen zusammen, so ist in der Regel nach der Gruppe oder Klasse zu zahlen, bei welcher die höchste Steuer herauskommt. Nur wenn in den Büchern die einzelnen Betriebszweige oder einzelnen Artikel so sorgfältig getrennt voneinander geführt werden, daß ein genauer Nachweis erbracht werden kann, ist es zulässig, die Steuer gesondert nach den verschiedenen geltenden Vorschriften zu berechnen.

Handwerker und kleine Gewerbetreibende haben zunächst noch keinerlei Steuer zu zahlen, sondern erst am 10. April. Hierfür stehen noch besondere Durchführungsbestimmungen aus. Dasselbe gilt für die freien Berufe, Ärzte, Rechtsanwälte usw. und für eine ganze Anzahl von besonderen Erwerbsgruppen, von denen ich hier nur die Dentisten, Handlungsagenten, Spediteure, Lagerhalter, Frachtführer, Bücherrevisoren, Techniker und Inhaber von Theaterunternehmungen nennen will.

Von der vorstehend geschilderten generellen Regelung sind nun allerdings wiederum unzählige Ausnahmen geschaffen, welche in der Hauptsache dem Ermessen des Finanzamtes überlassen sind. Es lassen sich diese hier nicht im einzelnen darstellen. Ebensowenig kann nicht näher eingegangen werden auf die Bestimmungen hinsichtlich der Vorauszahlung auf die Körperschaftssteuer. Nur soviel sei kurz gesagt: Alle körperschaftssteuerpflichtigen Gesellschaften haben die Wahl, ob sie die Steuer nach dem Umsatz oder nach dem Vermögen entrichten wollen. Wählen sie das letztere, so beträgt die Steuer in der Regel 1 M. für Tausend des Vermögens. Das Vermögen aber ist vorläufig noch gar nicht festgestellt. Die Entscheidung aber soll jetzt getroffen werden, denn man muß bei der einmal getroffenen Wahl bleiben. Eine Erklärung darüber ist bis zum 17. Februar abzugeben. An diese Erklärung ist die Gesellschaft gebunden. Das trifft allerdings nur bei denjenigen Gesellschaften zu, bei denen sich das Vermögen aus der Summe der Kurswerte aller ihrer ausgegebenen Anteile schon jetzt annähernd feststellen läßt. Diejenigen Gesellschaften, bei denen das nicht möglich ist, weil ihre Anteile keinen Börsenkurs haben, können im Februar nach den Roheinnahmen zahlen und eine endgültige Erklärung erst am 17. März abgeben.

Viele Zweifelsfragen werden nur von Fall zu Fall zu regeln sein. Jeder wird gut tun, sich eingehend über die für ihn zutreffende Lage bei den behördlichen Stellen zu orientieren, zumal da jeden Monat Voranmeldungen gefordert werden, welche die gesetzliche Bedeutung einer Steuererklärung haben.

Martin Horwitz, beeidigter Bücherrevisor, Breslau.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 15. Februar 1924.

☐ **Mondfinsternis.** Am Nachmittag des 20. Februar findet eine totale Verfinsterung des Mondes statt, die in ihrem Endverlaufe auch in Deutschland gesehen werden kann. Von 4 Uhr 20 Min. bis 5 Uhr 57 Min. befindet sich der Mond vollständig im Erdschatten. Kurz vor 7 Uhr abends ist die Vollmondscheibe wieder ganz aus dem Schattenkegel herausgetreten.

☐ **Ungültiges Hartgeld.** Seit einiger Zeit tauchen nicht nur die Kupfer-, sondern auch die Nickelmünzen der alten Währung (Fünf- und Zehnpfennigstücke) als Zahlungsmittel auf. Es liegt aber bisher keine amtliche Zulassung der alten Kupferpfennige und der Nickelmünzen vor. Die letzteren sollen überhaupt nicht wieder in Verkehr gesetzt werden, da ihr geringer Materialwert keine Garantie für Wertbeständigkeit bietet. Was dagegen die alten Kupfermünzen zu ein und zwei Pfennig betrifft, so dürften sie in der Tat wieder in Verkehr gebracht werden, nur ist das, wie gesagt, einstweilen noch nicht geschehen. Es sei bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen, daß auch das alte Silbergeld nicht wieder zugelassen werden soll; die Silberstücke sind bald nach der Revolution außer Kurs gesetzt worden.

☐ **Einlösung von wertbeständigem preußischen Notgeld.** Der preußische Finanzminister hat die Regierungshauptkassen und die staatlichen Kreiskassen angewiesen, das aufgerufene preußische und wertbeständige Notgeld gegen andere umlaufsfähige Zahlungsmittel einzulösen.

☐ **Einreisebedingungen für die Pfalz.** Für die Ein- und Durchreise im südlichen besetzten Gebiet, d. h. in der Pfalz und den angrenzenden Teilen, gelten jetzt folgende Bestimmungen: Personen, die ihren Wohnsitz im unbesetzten Deutschland haben, müssen sich durch Einholung der

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

11) Nachdruck verboten.

Alles dies zog unklar und schattenhaft durch Ernst Richters Kopf, während er noch immer auf die letzten Worte in dem kleinen Buch starrte. Hedwig Mirbach war in einen der üppigen Sessel gesunken. Noch immer wie betäubt von all dem Furchtbaren, sah das junge Mädchen stumm vor sich nieder. Die Sonne durchbrach nun siegreich den dichten, herbstlichen Morgennebel und warf ein breites Goldband durch das kokette Gemach. Seltsam flimmerten die prachtvollen, dunklen Augen auf dem lebensgroßen Bilde der schönen Frau, die dereinst hier gelebt hatte, als vergötterte Herrin. Wie ein Zucken lief es um den üppigen, hochroten Mund, wenn ein Strahl darüber hinfiel. Es sah fast aus, als lächle die wunderschöne Frau nieder auf den toten Mann, welcher lang ausgestreckt zu ihren Füßen lag, und auf das Mädchen, welches so ganz zerschmettert erschien von einem ihm unbegreiflichen und unverständlichen Geschick.

Doktor Seifert, der Bezirksrichter, hatte noch einmal alle Taschen in dem Rock des Toten durchsucht.

„Hier ist auch noch ein Brief", sagte er. „Ein Brief von Ihnen, Hedwig, an Ihren Onkel. Ich denke, wir werden durch ihn erfahren, was Sie uns nicht gestehen wollen."

Das Mädchen sah mit einem müden Blick hin zu dem Sprechenden. Hedwig Mirbach hatte seit Jahren den Kampf mit dem Leben tapfer und stark geführt. Jetzt brach sie zusammen. Wer kann kämpfen, wenn alles, alles sich gegen einen verschwört? Das Schicksal war stärker als sie, und es wollte sie vernichten. Nun in Gottesnamen. Sie konnte nicht mehr. Wenigstens jetzt nicht.

Der Bezirksrichter hatte den Brief durchflogen und gab ihn an Ernst Richter weiter. Das joviale, freundliche Gesicht Doktor Seiferts war jetzt ganz starr. Hedwig sah ihn scheu an. Und sie verstand es gut: Ihre Sache war durch den unglückseligen Brief noch um vieles schlimmer geworden.

Eine dumpfe Stille herrschte minutenlang in dem Raum. Man hörte nur das schwere Atmen der Männer, das Schluchzen der alten Katrin und das leise Knistern der Briefblätter in Ernst Richters unsicheren Händen.

Dann und wann heulte ein Pfiff unten im Garten dumpf auf. Der Förster hob plötzlich den Kopf.

„Sonderbar", sagte er, „jetzt ist der Hund im Garten. Aber wie ich hierher gekommen bin, war er nicht da, darauf kann ich schwören. Ich hab' ihn gar nicht gehört und sonst treibt er's doch wie rasend, wenn er mich wittert."

Doktor Seifert machte sich rasch ein paar Notizen.

„So", sagte er, „das weitere ergibt dann ja auch wohl die genaue Untersuchung. Freund Weinhart, ich bitt' Sie, gehen Sie hinüber in Ihre Försterei. Es ist ja nicht weit. Lassen Sie Ihr Wagerl anspannen und schicken Sie's hierher. Ich fahre mit Fräulein Mirbach nach Wien; der ganze Fall muß sofort angezeigt werden."

„Sie — Sie wollen mich ins Gefängnis bringen?" schrie das junge Mädchen wild auf. „Mich? Was habe ich denn getan? Nichts! Ich schwör's bei allem, was mir heilig ist!"

Sie war aufgesprungen und stand nun mitten im Zimmer. Ihre Augen glitten hilfesuchend von einem der Männer zum andern.

„Was habe ich verbrochen?" fragte sie tonlos. „Ich habe diesen Brief an meinen Onkel geschrieben! Ich habe ihn um Geld gebeten, weil ich mir ein Geschäft kaufen wollte, das Mutter und ich dann leiten würden. Mutter!" schrie sie jäh auf. Erst jetzt kam ihr der Gedanke an die Frau, welche durch die Schuld des Vaters ohnehin so unsagbar litt, die stets ihrem Kinde ein leuchtendes Vorbild an Güte, Stärke und Opfermut gewesen. Nun sollte diese heißgeliebte Mutter durch sie auch noch einen so tiefen Kummer erfahren.

„Lassen Sie mich hier", bat Hedwig Mirbach mit zitternder Stimme. „Ich schwöre es Ihnen, daß ich das Haus nicht verlasse, bis alles sich aufgeklärt hat. Rolf wird kommen! Rolf wird mir helfen! Er wird an mich glauben, das weiß ich."

„Sie lieben ihn also wirklich?" unterbrach sie der Bezirksrichter. Hedwig Mirbach stand eine Sekunde lang stumm da. Goldenes Licht warf die Herbstsonne über die schlanke Gestalt, über das totenblasse Antlitz, welches dem der schönen Jutta so ähnlich war, nur daß in diesen jungen Zügen ein Ausdruck von Reinheit und Edlem lag, der in dem Gesicht der einstigen Frau Werner Irweins fehlte.

Hedwig kämpfte mit sich selbst. Aber sie war so ganz zur Wahrhaftigkeit erzogen. Sie konnte nicht lügen. Oft genug hatte sie es tun müssen, wenn es galt, über ihren Vater zu sprechen. Aber wenn etwas sie bloß allein betraf, da wollte keine Unwahrheit über ihre Lippen.

Mit einem jähen Ruck richtete sie sich empor.

„Ja", sagte sie, „ich liebe Rolf Irwein! Immer habe ich ihn geliebt, schon seit wir Kinder waren. Und ich werde ihn lieben in alle Ewigkeit."

Ein Schrei klang von der Tür her.

„Hedwig!"

Sie fuhr herum. Stand einen Augenblick wie erstarrt und stürzte dann vorwärts. Dort auf der Schwelle stand eine hohe, schlanke Gestalt; zwei treue Augen ruhten auf ihr, zwei Arme breiteten sich ihr entgegen.

Wie eine verirrter Vogel, der endlich heim findet, so klammerte sie sich an Rolf Irwein. Fest schlossen seine Arme sich um ihren Leib.

„Geliebte!" sagte er. Es klang feierlich durch den stillen Raum. Die Männer standen in einer seltsamen Ergriffenheit. Von der Türe aus konnte Rolf die Leiche des Vaters nicht sehen. Aber wenn er ein paar Schritte vortrat.

„Hedwig Mirbach", sagte Doktor Georg Seifert endlich — „Besinnen Sie sich! Ist Ihr Platz wirklich dort, an der Brust desjenigen, dem Sie so unendlich vieles geraubt?"

Das Mädchen antwortete nicht, aber große Tränen rannen über ihr blasses, schmerzverzerrtes Gesicht. Unwillkürlich wollte sie sich frei machen, aber der Mann hielt sie fest. Ueber ihren dunklen Kopf weg sah er von einem Herrn zum andern.

„Darf ich um Aufklärung bitten?" fragte er scharf. — „Ich begreife einstweilen gar nichts. Ich kam hierher, weil ich Vater daheim nicht fand und um ihn in Sorge war. Er übernachtet ja dann und wann hier. Auch glaubte er, daß ich länger in Wien bleiben würde. Nun komme ich hierher, finde alle Türen offen, höre Ihre etwas sonderbare Frage, Herr Doktor Seifert, ob Hedwig mich liebt und ihre Antwort."

„Diese Antwort hat mich für den Augenblick überwältigt. Ich gestehe das offen. Hedwig hat mir durch ihr zurückhaltendes Wesen jede Hoffnung genommen. So warden Sie, meine Herren, Zeugen unserer — Verlobung."

„Rede nicht weiter!" rief Ernst Richter. — „Von alledem kann gar keine Rede sein."

„Weshalb nicht?" entgegnete Rolf Irwein. „Weil Vater widersteh'n wird? Vater ist so gut."

Hedwig weinte laut auf. Ein Beben schüttelte ihren Körper.

(Fortsetzung folgt.)

= Selbstmorde in Amerika. In den Vereinigten Staaten begehen jährlich 12 000 Personen Selbstmord; im vorigen Jahre waren unter den Selbstmördern sogar 80 Millionäre. Die Gründe, die so viele Amerikaner zum Selbstmord veranlaßten, waren oft lächerlicher Natur. Ein junger Mann nahm sich das Leben, weil er gezwungen wurde, das Golfspiel aufzugeben, ein Mädchen, weil es sich mit dem neu zurechtgemachten „Bubikopf" nicht hübsch genug vorkam, eine Frau, weil sie zweimal den Zug versäumt hatte, ein Mann, weil er den Untergang der Welt fürchtete, ein anderer wegen eines Streites über eine Katze. Einen Zuschneider brachte das Grübeln über die Frauenmoden des nächsten Frühjahres zum Selbstmord, und mehrere Personen nahmen Gift, um eine neue Sensation zu erleben. Das waren offenbar die „Genießer" unter den Selbstmördern.

Kleine Nachrichten.

Beratungen über Devisengesetzabänderung.

Berlin, 13. Februar. Im Fünfzehner-Ausschuß des Reichstags wurde eine Verordnung über Änderung der Devisengesetzgebung beraten. Von seiten der Reichsregierung wurde hierzu erklärt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es notwendig machten, die jetzt bei einzelnen Verordnungen dem Reichswirtschaftsminister eingeräumte Befugnis, Ausnahmen zu bewilligen, auf die gesamten neu zusammenzufassenden Bestimmungen der Devisengesetzgebung zu erstrecken und darüber hinaus den Reichswirtschaftsminister zu ermächtigen, für besondere Fälle Anordnungen ergänzenden oder abweichenden Inhalts zu treffen. Der Ausschuß ersuchte die Reichsregierung, davon abzusehen, daß dem Reichswirtschaftsminister die letztere Ermächtigung für besondere Fälle erteilt werde.

Sparausschuß für Beamtenaufbesserung.

Berlin, 13. Februar. Der Sparausschuß des Reichstages ersuchte die Reichsregierung, die Gehälter der Beamten und die Löhne der Reichsarbeiter sobald wie möglich zu erhöhen. Ebenso ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, die Anstellungs- und Beförderungssperre für die Beamten mindestens insoweit aufzuheben, daß während der Dauer des Personalabbaues jede zweite freiwerdende Stelle wieder besetzt wird. Weitere Ausnahmen hiervon sollen mit Genehmigung des Sparkommissars und des Reichsfinanzministers möglich sein.

Verhaftung von Kommunisten.

Blankenburg, 13. Februar. In Blankenburg sind mehrere Führer der Kommunisten verhaftet worden, nachdem bei einem Kurier, der von Braunschweig aus nach Blankenburg entsandt worden war, Papiere gefunden worden waren, in denen die Richtlinien für große Demonstrationen festgelegt waren.

Arbeitslosenkrawalle in Wiesbaden.

Wiesbaden, 13. Februar. Im Laufe des heutigen Vormittags versuchte eine Anzahl von Arbeitslosen in das Rathaus einzudringen. Die Menge wurde nach Hinzuziehung französischer Gendarmerie zerstreut, die in Wiesbaden noch immer die Polizeigewalt in Händen hat.

Die Vorgänge in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 13. Februar. Eine Abordnung der Einwohnerschaft verhandelte mit dem französischen Platzkommandanten, um den Abzug der Separatisten zu verlangen. Vom Stadthaus sind die separatistischen Fahnen heruntergenommen worden. Die Fabriken sind allgemein geschlossen. Unter der Bevölkerung sind ein Toter und ein Schwerverletzter zu beklagen.

10 % Lohnerhöhung in Völklingen.

Saarbrücken, 13. Februar. Die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen haben angesichts der Notlage der Arbeiterschaft und der ständig zunehmenden Teuerung im Saargebiet eine zehnprozentige Erhöhung des Gesamtverdienstes für die Monate Februar und März vorgenommen. Auch die Frauen- und Kinderzulagen werden entsprechend erhöht.

Lohnbewegung an der Saar.

Saarbrücken, 13. Februar. Die Forderung der Bergarbeiter um Lohnerhöhung von 5 Frank ist gestern durch die Bergwerksdirektion abgelehnt worden. Auch von seiten der Beamtenorganisationen fanden gestern mit der Regierungskommission Verhandlungen über eine neue Gehaltsregelung statt. Die Regierungskommission sagte eine Aufbesserung der Beamtenbezüge im Rahmen des Möglichen zu.

Beilegung der Dockarbeiterbewegung in London.

London, 13. Februar. Es wird mitgeteilt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Streik der Dockarbeiter abgewendet ist, da zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiterdelegierten eine Einigung erzielt ist, der zufolge den Dockarbeitern eine tägliche Lohnerhöhung von 2 Schilling in zwei Etappen gewährt wird.

Frau Wilson für deutsche Kinder.

Newyork, 13. Februar. Die Witwe des Präsidenten Wilson hat an General Allen, der an der Spitze des amerikanischen Hilfswerks für die deutschen Kinder steht, ein Schreiben gerichtet, in dem sie sagt, es sei ihr Wunsch, daß das Hilfswerk durch den bekannten Flaggenzwischenfall nicht leiden solle, an dem die armen Kinder in Deutschland vollständig unschuldig seien.

Durch eine Brücke gebrochen.

Vancouver, 13. Februar. Durch die Chiliwackbrücke über den Fraserfluß brachen die beiden Lokomotiven eines Personenzuges der Trancontinental-Bahn. Dabei wurden drei Eisenbahnbeamte schwer und 15 Passagiere unerheblicher verletzt.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Sechstagerennen in Breslau.** Auf das Berliner Sechstagerennen folgt ein Sechstagerennen in Breslau, das am 13. Februar begann. Unter den zugelassenen 14 Mannschaften befinden sich auch Amerikaner, Holländer, Italiener und Österreicher.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Todesurteile gegen Giftmischer.** Das Gericht in Neisenburg verurteilte die Besitzerwitwe Minna Weiß und den Besitzer August Harwardt wegen gemeinschaftlichen Giftmordes zum Tode. Die Anklage legt ihnen zur Last, den Gutsbesitzer Gustav Weiß, den Ehemann der Angeklagten, mit Arsenik vergiftet zu haben.

§ **Wieder ein Kommunistenprozeß.** In der Angelegenheit der Kommunistenunruhen in Loerrach und Wiesental, die seinerzeit die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Baden zur Folge hatten, wurde jetzt vom Landgericht Freiburg i. Br. das Urteil gesprochen. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, Aufruhr und Landfriedensbruch. Verurteilt wurden der Hauptangeklagte Ritzau zu 2 Jahren, ein anderer Angeklagter zu 1 Jahr acht Monaten, zwei weitere Angeklagte zu je 1 Jahr 3 Monaten, ein Angeklagter zu 1 Jahr Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1½ Jahren.

Börse und Handel.

Kleine Besserung am Effektenmarkt.

Berlin, 13. Februar.

Der Börsenverkehr eröffnete unter dem drückenden Einfluß der allgemeinen Lustlosigkeit. Das Angebot, das nur sehr mäßig war, drückte gleichwohl, weil Kaufaufträge fast gänzlich fehlten. Die Rückgänge waren aber eher noch kleiner als gestern, und bald nach Festsetzung der ersten amtlichen Kurse waren am Industrieaktienmarkt Ansätze zu einer Besserung festzustellen. Die Kurse zogen meist um ¼ bis ½ Billionen % an. Rheinische Braunkohlen gewannen sogar gegen den Anfangskurs 1¼ Billionen %. Von Auslandsrenten schwächten sich türkische Werte meist unbedeutend ab. Deutsche Anleihen gaben vorzugsweise etwas nach. Am Devisenmarkt vollzog sich das Geschäft sehr ruhig. Die Anforderungen haben eher eine Verminderung erfahren. Bei unverändertem Preisstand konnten auch für einige Hauptdevisen die Zuteilungen etwas erhöht werden.

In Millionen M. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	13. 2. gesucht	13. 2. angeb.	12. 2. gesucht	12. 2. angeb.
Holland 1 Guld.	1 571 063	1 578 937	1 571 063	1 578 937
Dänemark 1 Kr.	666 330	669 670	674 310	677 960
Schweden 1 Kr.	1 101 240	1 106 760	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	564 585	567 415	564 585	567 415
Finnland Mark	105 735	106 265	103 735	106 265
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
England 1 Pfd.	18 054 750	18 145 250	18 054 750	18 145 250
Schweiz 1 Fr.	729 173	732 827	729 173	732 827
Frankreich 1 Fr.	191 520	192 480	191 520	192 480
Belgien 1 Fr.	163 590	164 410	167 580	168 420
Italien 1 Lira	184 538	185 462	184 538	185 462
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 351	59 649	59 351	59 649
Ungarn 1000 Kr.	147 630	148 370	147 630	148 370

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	13. 2.	12. 2.		13. 2.	12. 2.
Weiz., märk.	158-162	158-162	Weizkl. f. Brk.	8	8
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brk.	6,6-6,7	6,6-6,7
Rogg., märk.	130-137	133-139	Raps	290-295	290-295
pommerscher	127-129	130-132	Leinsaat	4,2-4,4	4,2—4,4
westpreuß.	126	129	Viktor.-Erbs.	25-26	25-26
Braugerste	151-161	151-161	kl. Speiseerbs.	18-19,5	18-19,5
Futtergerste	135-142	135-142	Futtererbsen	13-15	13-15
Hafer, märk.	103-109	103-109	Peluschken	13-14	13-14
pommerscher	100-105	100-105	Ackerbohnen	13-15	13-15
westpreuß.	—	—	Wicken	13-15	13-15
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-14,5	14-14,5
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	15-16	15-16
Bln. br. inkl.			Seradella	14-14,5	14-14,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	10-10,5	10,4-11
Mrk. ü. Not.)	24,75-27	25-27,25	Leinkuchen	22-23	22-23
Roggenmehl			Trockenschtzl.	7,8-7,9	7,8-7,9
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	16	16
Berl. brutto			Torfml. 30/70	8	8
inkl. Sack	21,7-23,7	22-24	Kartoffelfl.	16	16-16,1

* Amtl. Schlachtviehmarkt in Berlin am 13. 2. Auftrieb: Rinder 1378, darunter 365 Bullen, 333 Ochsen, 680 Kühe und Färsen; 1665 Kälber, 2161 Schafe, 7808 Schweine, 18 Ziegen. Preise: Ochsen 40—46, Bullen 38—40, Färsen und Kühe 38 bis 43, Kälber 80—90, Stallmastschafe 46—52, Schweine 67—68, Ziegen 20—23. Marktverlauf: Bei Rindern ruhig, bei Kälber, Schafen und Schweinen glatt.

* **Abbau der Darlehnskassen.** In der Sitzung der Hauptverwaltung der Darlehnskassen wurde der demnächstige Abbau der Darlehnskassen beschlossen. Es sollen keine neuen Darlehen mehr erteilt werden. Die Abwicklung der noch laufenden Darlehen soll in angemessenen Fristen erfolgen. Es ist in Aussicht genommen, die Darlehnskassen vom 1. Mai d. J. ab zu schließen; nur die Hauptverwaltung der Darlehnskassen und die Darlehnskasse Berlin werden für Abwicklungszwecke noch etwas länger bestehen bleiben.

* **Wechselkredite für Landwirte bei Stickstoffbezug.** Das Stickstoff-Syndikat ist in der Lage, nach Vereinbarung mit der Reichsbank der deutschen Landwirtschaft einen Wechselkredit einzuräumen, der aber nur gewährt wird, wenn die Bestellungen für prompte Lieferung umgehend dem Stickstoff-Syndikat erteilt werden. Die landwirtschaftlichen Organisationen, der Handel, die Düngerfabriken und das Stickstoff-Syndikat nehmen Bestellungen entgegen und erteilen Auskunft über die näheren Bedingungen.

Wetter-Aussichten.

17. Febr. Wolken, teils Sonne, Niederschläge gelinder.
18. „ Wolken, Sonne, Tags gelinde.
19. „ Wenig verändert.
20. „ Vielfach Nebel, Niederschläge, naßkalt.
21. „ Wolken, Sonne, ziemlich kalt.
22. „ Vielfach trübe, Nebel, Niederschläge.
23. „ Wenig verändert, milde.

Statt besonderer Anzeige.



Ruhe sanft, du edles Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz.

Gestern abend 7 Uhr entschlief sanft nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Urgrossvater, Bruder, Schwager und Onkel

August Misse

im Alter von 69¼ Jahre

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, Gesenberg, Lüdenscheid, Remscheid, Oberbrügge, Barmen, Ohligs, Wolfersweiler (Bir-kenfeld), den 14. Februar 1924.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 16. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Halver, Kronprinzenstr. 23, aus statt.

Von Kranzspenden und Kondolenzbesuchen bittet man Abstand zu nehmen.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 8 Uhr, nach langem mit grosser Geduld ertragenem Leiden meinen lieben Mann, meinen lieben Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Strombach

im 70. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen
Frau Friedr. Strombach
geb. Höffchen.
Otto Strombach.

Haarhausen, Ruppichterroth, Duisburg, Marienheide, Kierspe, Vohwinkel, Köln und Bonn, den 14. Februar 1924.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Zum sofortigen Eintritt gesucht:

1 jugendlicher Arbeiter
1 jugendliche Arbeiterin

Zu Ostern:

1 Schlosserlehrling

Schalksmühler Kettenfabrik
F. W. Seip & Co. G. m. b. H. Schalksmühle.

Bekanntmachung.

Die Nachweisung über die von den Handwerkern der Gemeinde **Kierspe** für das Rechnungsjahr 1923 zu zahlende Beiträge für die Handwerkskammer liegt vom 18. ds. Mts. an 8 Tage lang im Amtshause, Zimmer 4 zur Einsicht offen. Einsprüche sind während der Offenliegungsfrist bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Kierspe, den 9 Februar 1924.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde **Kierspe** werden nach Genehmigung und Zustimmung der Aufsichtsbehörden im Rechnungsjahr 1923 erhoben:

200 % Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer (für 1. 11. 23 — 31. 3 24)
1,5 Billionen % Gemeindezuschlag zur Gewerbe- und Betriebssteuer.

Kierspe, den 13. Februar 1924.

Der Amtmann.

Landwehrverein Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden

August Misse

Gesenberg

treten die Mitglieder am Samstag, den 16. Febr. nachm. 2½ Uhr am Vereinsokale an.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

In unser Handelsregister Abt A ist bei der dort unter Nr 45 vermerkten Firma **Melchior Buchholz Sohn in Rönsahl** heute folgendes eingetragen worden:

Die Gesellschaft ist nach dem Tode der Gesellschafter Karl August und Emil Peter Buchholz aufgelöst. **Die Firma ist erloschen.**

Meinerzhagen, den 12. Februar 1924.

Preußisches Amtsgericht.

Empfehle täglich frisch
alle Sorten Brot der Hagener Brotfabrik.
Otto Theimann, Halver.

Zur Frühjahrs-Aussaat empfehle ich:
seidefreien Rotklee
Prima Pfd. 85 Pfg = Sekunda Pfd 65 Pfg.
ferner: **Schwedenklee,**
Timothygras und Weidenmischgras.
Bestellungen erbitte bald. Lieferung 15.—20. Febr.
Wilh Plankemann, Herscheid, Telefon Nr. 5

Suche sofort oder in 14 Tage mehrere
Montiererinnen, Arbeiter oder Arbeiterinnen
für Bohr- und Anschneidemaschine.
Wilh. Engel,
Schalksmühle i. W.

Empfehle
Ia. Zigarren
Zigaretten
Rauch- u. Kau-Tabak
Wiederverk z. Fabrikpreis.
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Erhalten in den nächsten Tagen 1 Waggon
Eiform-Briketts
Bestellungen erbitten
Bürger & Lansberg,
Halver.
— Telefon 191. —

Damen
und
Herren
-Konfektion
auf
Teilzahlung
Warenhaus
B. Schiffeliers
Hagen
Elberfelderstr. 96
Eingang Möbelgeschäft.

Original-Pelik.-Schreibband
in allen Breiten bis zu 16 mm zu Mk 1.50
erhältlich bei
Wilhelm Bell jr. Halver.